

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Stresemann und der Reichstag.

Herr Stresemann muß vor den Reichstag!
Als Reichstanzler, der die Verfassung beschworen hat, hätte er eigentlich selber schon längst das Bedürfnis fühlen müssen, Klarheit darüber zu schaffen, wie die Volksvertretung zu ihm steht.

Herr Stresemann hat aber offenbar noch nicht ganz begriffen, daß sich durch den Austritt der Sozialdemokraten aus seiner Regierung seine Situation völlig verändert hat, nicht nur politisch, sondern auch staatsrechtlich.

Solange die Große Koalition hielt, war seine Regierung das vollziehende Organ einer gewaltigen Reichstagsmehrheit. Sie hatte durch das Ermächtigungsgesetz geradezu diktatorische Vollmachten erhalten, denn der Reichstag hatte durch dieses Gesetz einen wesentlichen Teil seiner Rechte auf sie übertragen.

Mit dem Scheitern der Großen Koalition fiel das Ermächtigungsgesetz und verschwand die parlamentarische Mehrheit, auf die das Kabinett sich stützte. Nach der Verfassung bedarf jedoch jede Regierung des Vertrauens der Volksvertretung; sie muß zurücktreten, wenn die Volksvertretung ihr das Vertrauen entzieht.

Darum hätte eigentlich sofort nach dem Austritt der Sozialdemokraten der Reichstag einberufen werden müssen, damit er Gelegenheit finde, seine Rechte gegenüber der Regierung wahrzunehmen. Aber der Reichstag hatte bisher selber darauf verzichtet, und Herr Stresemann war froh, dadurch eine Galgenfrist gewonnen zu haben.

Jetzt aber besteht die Sozialdemokratie auf der Einberufung des Reichstags. Er wird voraussichtlich am Dienstag zusammentreten, und dann muß eine Klärung unserer innenpolitischen Verhältnisse erfolgen.

Herr Stresemann hat keine Mehrheit mehr nach links, es muß sich zeigen, ob er eine nach rechts hat.

Die Deutschnationalen erstreben den Bloß der bürgerlichen Parteien als Übergang zur Rechtsdiktatur. Für diesen Bloß der bürgerlichen Parteien ist aber die Fraktion der Demokraten, und, soweit man sieht, auch die des Zentrums nicht zu haben; ohne sie ist dieser Bloß unmöglich.

Die Volkspartei ist für den Bürgerbloß zu haben; sie will in ihm auch den Deutschnationalen starken Einfluß gewähren, aber sie schenkt sich, diesem Plan zuliebe ihren Führer Dr. Stresemann zu opfern. Die Deutschnationalen aber fordern bisher den Austritt Stresemanns, sie weigern sich, ein Reichskabinett zu führen, das von Stresemann geführt wird.

Rechts von den Sozialdemokraten sitzen im Reichstag fünf Parteien: Deutschnationale, Volksparteier, Zentrum, Demokraten und Bayerische Volkspartei, und zwei kleine Gruppen: Böhmische und Bamberger Volkspartei. Diese Parteien und Gruppen wollen jede etwas anderes als die anderen; sie können keine Mehrheit bilden; sie sind augenscheinlich auch nicht imstande, eine Regierung der Mitte zu stellen, die von der Sozialdemokratie toleriert werden könnte.

Die Regierung Stresemann in ihrer jetzigen Zusammensetzung ist eine solche Regierung nicht. Sie wollte einmal eine Regierung der Großen Koalition sein. Jetzt ist sie überhaupt nicht mehr die Regierung einer parlamentarischen Koalition.

Wohl sitzen in ihr Mitglieder der verschiedenen Reichstagsfraktionen der Mitte: Volksparteier, Zentrum, Demokraten. Aber diese ihre fraktionell eingestellten Mitglieder sind zum großen Teil längst nicht mehr als Vertrauensmänner ihrer Parteien anzusehen.

Weder hat Herr Stresemann die Volkspartei, noch hat Herr Brauns das Zentrum, noch hat Herr Gehler die Demokraten hinter sich. Der dem Zentrum entstammende Volksminister Hoelle und der demokratische Bahnminister Defer sind Hochminister ohne politischen Einfluß. Zwischen diesen mehr oder weniger parlamentarischen Ministern sitzen Reichsminister wie der Finanzminister Luther, der Wirtschaftsminister Koeth, der Innenminister Jarres, die rechtsgerichtete Persönlichkeiten sind. Der Ernährungsminister Graf Rantz war bis zu seinem Eintritt in die Regierung Mitglied der deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Schon vor dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung war der Einfluß der Rechten auf sie so stark, daß Herr Stresemann versuchte — mit Hilfe der Sozialdemokraten — eine rechtsgerichtete Politik zu treiben. Siehe Sachsen, Thüringen, Bayern, Arbeitszeitgesetz usw. Dieser Versuch ist, wie er mißte, gescheitert.

So steht Herr Stresemann mit seinem umgebildeten Kabinett vor der Frage, ob er von den Deutschnationalen eine Weile toleriert werden wird, oder ob er zurücktreten muß, weil er selbst eine notdürftig zusammengestellte Mehrheit nicht finden kann.

Man spricht von einer Auflösung des Reichstags. Wir halten es für selbstverständlich, daß zu ihr nicht früher geschritten wird, als bis auch noch ein allerletzter Versuch unternommen worden ist, mit diesem Reichstag eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage zustandezubringen. Denn die Aussicht, durch Neuwahlen einen Reichstag zu schaffen, in dem die Bildung einer parlamentarischen Regierung leichter sein würde als im gegenwärtigen, ist angesichts

der Zerspaltung der bürgerlichen Parteien äußerst gering. Der Wahlkampf verschärft nur die Gegensätze und läßt die Parteien in einem Seelenzustand zurückkehren, in dem sie zu Regierungsbündnissen noch weniger geneigt sein werden als jetzt. Also kann die Auflösung nur dann in Betracht kommen, wenn der Beweis erbracht ist, daß es mit diesem Reichstag überhaupt nicht mehr weitergeht.

Verbrecherisch ist der Gedanke, den Reichstag aufzulösen, ohne ihn innerhalb der verfassungsmäßigen Frist von 60 Tagen neu wählen zu lassen. Eine solche Auflösung wäre ein glatter Staatsstreich; durch ihn würden automatisch alle Rechtsgrundlagen vernichtet werden, auf denen die Staatsordnung beruht, und wir würden in einen Zustand der Gesetzlosigkeit hineingeleitet, aus dem nur die Gewalt allein neues Recht schöpfen kann. Welche Gefahr ein solcher Einbruch der Anarchie für die Außenpolitik, für die Wirtschaft, für Leib und Leben jedes einzelnen bedeutet, braucht nicht erst ausführlich geschildert zu werden.

Solche Ausschichten müssen allen Parteien des Reichstags zeigen, welche Verantwortung sie vor dem Volk zu tragen haben. Die Sozialdemokratische Partei hat sich, wie die Geschichte der letzten Jahre beweist, niemals gemeigert, den festen Kern für die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung abzugeben, sie hat sich nur, und mit Recht, geweigert, in einer rechtsgerichteten Regierung fünftes Rad am Wagen zu sein und eine Politik mitzuverantworten, die ihren Überzeugungen geradezu entgegensteht.

Ein Reichstagswahlkampf hat nur dann einen politischen Sinn, wenn er geführt wird als ein Kampf der Sozialdemokratie gegen die reichszerstörende Reaktion und gegen die unfähige zersplitterte Mitte. Durch die Reichstagsauflösung wird die Frage aufgeworfen, ob die Deutsche Republik ohne und gegen die Sozialdemokraten regiert werden kann. Diese Frage ist durch die Erfahrungen der letzten Zeit verneint worden. So wird jede Stimme für die Sozialdemokratie ein Baustein für die Wiederaufrichtung des Reiches, jede Stimme gegen sie aber ein zerstörender Stoß sein.

Die untereinander hadern den bürgerlichen Splitterparteien vermögen nichts. Die Zukunft unseres Volkes hängt davon ab, ob es imstande ist, große, regierungsfähige Parteien zu bilden. In diesem Sinne ist die große Sozialdemokratische Partei, die sich auf die breiten Schichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten stützt, ein politisches Bedürfnis für alle.

Rechtsdiktatur und Anarchie oder Aufrichtung eines geordneten, freiheitlichen sozialen Staatswesens unter entscheidendem Einfluß der Sozialdemokratischen Partei, so ist die Frage unerbittlich gestellt.

Der Fall Stresemann ist nur ein Zwischenpiel.

Ehrhardt fordert Amnestie.

München, 14. November. (M.B.) Am gestrigen Abend ist es zu keinen Anspannungen mehr gekommen. General Epp teilt in einer Rundgebung dafür ein, daß die nationalen Kreise wieder in ein gutes Verhältnis zur Truppe und zur Polizei kommen müßten. Die Angehörigen der vaterländischen Verbände, die aufgelöst worden, sollten gewiß nicht dauernd der Möglichkeit, sich in vaterländischem Sinne zu betätigen, beraubt werden. Es sei auch nicht das Bestreben der Reichswehr, den vaterländischen Willen zu unterdrücken, aber mit den Waffen in der Hand könne man doch einem politischen Willen nicht Geltung verschaffen. Man müsse nach ruhiger Überlegung zu einem gerechten Urteil auch über die Handlungsweise der politisch verantwortlichen Männer kommen.

Der Bund „Bayern und Reich“, eine über ganz Bayern verbreitete Wehrorganisation, erklärt, daß er nach wie vor getreu hinter dem Generalkommissar stehe, da nur unter seiner Führung eine Wendung zum Besseren möglich sei. Auch der Verband vaterländischer Vereine in Augsburg erklärt eine Rundgebung desselben Inhalts; ebenso erklärt die katholische Sudentenschaft in einer Entschliessung, daß sie mit der unbesonnenen Haltung weiter Studententournee nichts gemein habe und ebenfalls voll und ganz hinter Rahr stehe.

Wie der „Miesbacher Anzeiger“ meldet, haben sich Kapitän Ehrhardt und Hauptmann Hehl-Nürnberg dem Generalkommissar zur Verfügung gestellt. Sie fordern, daß alsbald eine Amnestie erlassen, und den verboltenen nationalen Verbänden unter neuer zuverlässiger Führung die Möglichkeit weiterer nationaler Arbeit gegeben werde.

Miesbacher Vermittlungsvorschlag.

München, 14. November. (M.B.) Im „Miesbacher Anzeiger“ wird heute die Forderung gestellt, daß die Führung der bayerischen Reichswehr dem General v. Epp, die Leitung der vaterländischen Kampfsverbände dem Kapitänleutnant Ehrhardt übertragen werde. Das Blatt nimmt an, daß auf diese Weise die Erbitterung zwischen Volk und Heer überbrückt werde.

Der Hochverräter als Staatshüter.

Heute geht uns der volle Wortlaut der Verfügung des Generalkommissars v. Rahr über das Verbot der sozialistischen Presse zu. Diese Verfügung ist ein Dokument für sich und verdient, in vollem Wortlaut abgedruckt zu werden. Es fehlt nur noch die Anordnung, daß jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei für seine Mitgliedschaft mit Zuchthaus bestraft und jeder Führer erschossen wird. Dann ist das Ideal des Nationalen Zukunftstaates erfüllt. Es ist eine Schande für Deutschland, daß dieser Staatsverbrecher von der Reichsregierung geduldet wird, die offenbar nicht die geringsten Anstalten trifft, ihre Machtmittel gegen den Hochverräter Rahr anzuwenden. Die Verordnung hat folgenden Wortlaut:

Anordnung über die Verbreitung staatsgefährlicher Traktatschriften.

Auf Grund der Verordnung vom 26. September 1923 (Staats-Anzeiger Nr. 234) wird mit sofortiger Wirksamkeit angeordnet:

§ 1. Das Erscheinen aller Zeitungen und Zeitschriften der Vereinigten Sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei und aller anderen Zeitungen und Zeitschriften, die sozialistische oder kommunistische Ziele verfolgen, wird im rechtsrheinischen Bayern verboten.

In zweifelhaften Fällen entscheidet die Polizeibehörde, ob eine Zeitung oder Zeitschrift unter das Verbot fällt. Hierfür zuständig sind in München und in Nürnberg-Fürth die Polizeidirektionen, in den übrigen unmittelbaren Städten die Stadtkommissare und sonst die Bezirkspolizeibehörden. Gegen die Entscheidung ist Beschwerde an die Kreisregierung, A. d. V., zulässig, die keine aufschiebende Wirkung hat. Deren Entscheidung ist endgültig.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen § 1 werden mit Gefängnis und mit Geldstrafe, deren Höchstmaß unbeschränkt ist, bestraft. Der Versuch ist strafbar.

Gegenstände, die bei Begehung der strafbaren Handlung verwendet wurden, dazu bestimmt waren oder durch die strafbare Handlung hergestellt wurden, können eingezogen werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören.

München, den 11. November 1923.

Der Generalkommissar: gen. Dr. v. Rahr.

Wo ist der „Vorwärts“ verboten?

Nachdem das bayrische Staatskommissariat den Vertrieb des „Vorwärts“ untersagt hat, gibt es drei Länder, in denen das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie verboten ist: Sowjet-Rußland, das besetzte Rheinland und Bayern. Dort, wo reaktionäre Tyrannen herrscht, wird das Sprachrohr der demokratischen und sozialen Freiheit unterdrückt. Im Kampfe gegen den „Vorwärts“ arbeiten Trocki, Degoutte und Rahr Hand in Hand und dokumentieren dadurch ihre geistige Verwandtschaft. In diesem schönen Bunde steht nur noch Kuffo-Lini. Aber dieser hat sich bisher damit begnügt, den römischen Berichterstatter des „Vorwärts“ zu bedrohen, falls er für die sozialistische Herrschaft nicht die erforderliche Begeisterung an den Tag legen würde.

Auf Umwegen.

Wie der Achtstundentag beseitigt werden soll.

Die Demobilmachungsverordnungen über die Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten laufen nur noch bis zum 17. November. Von der jetzigen Regierung ist beabsichtigt, eine Verlängerung nicht mehr vorzunehmen. Die Folge davon wäre, daß vom 17. November ab eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in Deutschland überhaupt nicht mehr besteht. Ob der Reichstag zusammentritt und ob er in absehbarer Zeit das Arbeitszeitgesetz verabschiedet, ist gleichfalls mehr als zweifelhaft.

Im Zusammenhang damit muß es auffallen, daß die Entlassungen von Arbeitern und Angestellten auch dort, wo wirtschaftliche Gründe nicht vorliegen, immer mehr zunehmen und bei Neueinstellungen die Anerkennung des Zehnstundentages von den Unternehmern verlangt wird. Ähnliche Tendenzen zeigen sich auch bei den Tarifverhandlungen in den letzten Tagen. Es kommt hinzu, daß in einer offiziellen Presseerklärung vor einiger Zeit angedeutet worden war, daß auch ohne die Behandlung des Arbeitszeitgesetzes im Reichstag die Frage der Arbeitszeit ihre Erledigung finden könnte. Das alles deutet darauf hin, daß die Anhänger des Zehnstundentages sich auf der ganzen Linie im Vormarsch befinden und der Reichstag von der Regierung mehr oder weniger schon vor vollendete Tatsachen gestellt werden soll. Die sofortige Einberufung des Reichstages und die unverzügliche Behandlung der Arbeitszeitfrage sind daher ein Gebot der Stunde. Bis dahin ist aber unbedingt zu fordern, daß das jetzt geltende Recht in Kraft bleibt, wenn man nicht absichtlich einen Kampf um die Arbeitszeit in ganz Deutschland heraufbeschwören will.

1 Goldmark = 300 Milliarden.

Deutschvölkische Demagogie.

Eine Reihe von deutschvölkischen Blättern haben in den letzten Tagen heftige Angriffe gegen den Genossen Hilferding gerichtet, weil er die Kapitalverchiebung nach dem Auslande begünstigt habe. Durch das Reichsfinanzministerium soll nämlich angeordnet worden sein, daß Aufträge auf Ueberweisung von Zahlungsmitteln für ein sogenanntes „Veröhnungsgeld“ des deutschen Volkes an das französische Volk auch dann ausgeführt werden können, wenn die Genehmigung des Finanzamtes nicht eingeholt ist. „Deutsches Tageblatt“ und „Deutsche Zeitung“ fordern deshalb, daß Hilferding vor den Staatsgerichtshof gestellt werde.

Dieser Angriff ist nur eine der üblichen persönlichen Verleumdungen, deren mangelnde Begründung ohne weiteres sichtbar ist. Bei dem sogenannten „Veröhnungsgeld“ handelt es sich um das Bestreben von pazifistischen Organisationen, einen Beitrag zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs zu leisten. Argendein Privatinteresse ist damit überhaupt nicht verbunden. Aus diesem klaren Sachverhalt erklärt sich die Tatsache, daß niemand es für nötig gehalten hat, den verleumderischen Angriff des „Deutschen Tageblattes“ mit einer Erwiderung zu bedenken. Nachdem nun aber auch die „Deutsche Zeitung“ Kapital aus dieser Nichtbeachtung zu schlagen versucht, sei ausdrücklich festgestellt, daß das Reichsfinanzministerium bei dieser Angelegenheit überhaupt nur ausführendes Organ des Auswärtigen Amtes gewesen ist. Der Erlaß des Reichsfinanzministeriums ist erfolgt, weil das Auswärtige Amt das Ersuchen der pazifistischen Organisationen befürwortete. Das Reichsfinanzministerium war dadurch gezwungen, seine Bedenken zurückzustellen. Der Erlaß ist im übrigen wegen später aufgetauchter Bedenken nicht zur Ausführung gekommen.

Gegenüber dem Verlaß, für die ganze Angelegenheit den Genossen Hilferding verantwortlich zu machen, sei ferner ausdrücklich festgestellt, daß der Erlaß von Hilferding nicht unterzeichnet wurde und nicht unterzeichnet werden konnte, weil er sich am 4. Oktober, dem Tage der Herausgabe des Erlasses, überhaupt nicht mehr im Amte befand.

Deutschnationale gegen Putschisten.

Eine Entschlebung des westfälischen Provinziallandtags.

Am Sonnabend, den 10. November, tagte in Münster der Westfälische Provinzial-Landtag. Er nahm eine Entschlebung an, die das Treiben der Separatisten im Rheinland als schändliches Hochverrat kennzeichnet und ein Treuegelöbnis zum Reich und Preußen enthält. Von großer Bedeutung ist der Schlußabsatz dieser Entschlebung. Er lautet:

„Wir verurteilen aufs schärfste die hochverräterischen Pläne der bayerischen Putschisten, deren Verwirklichung unrettbar den Bürgerkrieg heraufbeschwören, den Zerfall des Deutschen Reiches herbeiführen und das ganze deutsche Volk in namenloses Elend stürzen würde. Wir fordern von der Reichsregierung, daß sie mit aller Schärfe des Gesichts gegen Hochverräter vorgeht. Hierbei muß auf alle Fälle der Ansehensverlust vermieden werden, daß einzelne Länder und Bevölkerungsteile mit ungleichem Maße gemessen werden.“

Diese Entschlebung wurde einmütig angenommen, fand also auch die Zustimmung der Deutschnationalen.

Geisler putscht Seedt auf.

Von Hitler zu Kahr, von Kahr zu Seedt.

Der Nationalverband Deutscher Berufsverbände, der den Vereinigten Vaterländischen Verbänden angeschlossen ist, veranstaltete am Sonntag eine Kundgebung, an der sich u. a. die Generale v. Batten und v. Cramon beteiligten. — Der Vorsitzende der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands, Reichstagsabg. Geisler, der gestern früh erst von München zurückgekehrt war, erklärte, Hitler und Kahr seien sich im Ziel einig, nur über die Mittel und Wege, wie und in welchem Tempo vorgegangen werden sollte, wären Meinungsverschiedenheiten entstanden. Bei

Gegenwartsbilder.

Von Willi Birnbaum.

Am Eisenbahnsteig liest ein Mann eine Zeitung. Fünf Hälse reden und krännen sich. Sie suchen Ueberschriften. Ein jeder baut sich seine Welt dazu. Da fragt der Sechste: „Was gibts Neues?“ „Ludendorff hat gepusht!“ „Is ja alles Quatsch!“ der Sechste wieder. „Wir woll'n wat zu beissen!“ „Jawoll, die ganze Politik is für die Kohl!“ rief ein Siebenter mächtig dazwischen. Der Zug hält. Die Zeitung verschwindet. Fünf Hälse legen sich zurück, der Ueberschriftenweisheiten voll.

In einer Lehrerkonferenz habe ich neulich zu tun. Es ist unter anderem auch von der Kinderpeinigung die Rede. Nach einigem Reden fällt das Stichwort und jändel reihum: „Die dreifigen Juden ziehen uns aus bis aufs Hemde. Die sind an dem ganzen Schwindel schuld!“ Als ich hernach die wahren Ursachen der Not (ohne Rassen-theorie!) aufwies, stimmt man auch mir zu. Der Antisemit und seine Freunde wachen am Ende einige Einschränkungen und Vorbehalte zu ihrer ersten Rede, wie das so üblich bei gebildeten Deuten. Deutsches Bürgervolk!

Auf der Straße treffe ich einen alten Bekannten. Wir gehen ein Stück Wegs mitammen. Schnell sind wir im Gebiet der hohen Politik. O, ist der ebenem so Johnny radikal geworden! Es wimmelt in seinem Sprachschatz nur so von „Verärrern“, „Lumpen“ und „Schuften“. „Nur eine Diktatur kann uns noch helfen — ganz gleich ob von rechts oder von links! — Aber nur eben eine radikale Diktatur!“ Da war ich furiert! — denn der Mann hatte den Eid auf die Verfassung geschworen. Es war doch ein Staatsbeamter!

Zwei Arbeiter stehen am Schankläsch.

„Ich habe mein Mitgliedsbuch längst in die Ecke geschmissen. Alles Zauberei! Selbst ist der Mann! Man muß nur für sich selber sorgen, sonst is man immer der Dumme! — Justas, noch 'n Bier!“

„Du hast recht! Immer weniger verdient man und immer mehr soll man blechen.“

Dann folgte eine lange Gedankenpause; indessen ich ging.

Als das kam mir ins Gedächtnis, als gestern abend einer meiner alten Weggenossen mir sagte: „Raschlebig ist unsere Zeit, schnelllebiger noch sind die Menschen. Gedankenlos taumeln sie von Schlagwort zu Schlagwort, von der Abendpost zur Morgenpost. Die dümmsten Parolen zermartern ihr Gehirn, und was ihnen fehlt — ist der richtige Gedanke, Wissen und Sammlung. Schwargelcher sind

allem Verständnis für die Handlungsweise Kahr's dürfe man nicht übersehen, daß sich München in rasender Empörung über die toten Opfer befindet und daß diese Erregung vielleicht in Kürze zu weiteren Ausbrüchen führen könnte. „Soll großes Unglück vermieden werden — so sagte Geisler wörtlich —, soll verhindert werden, daß die vaterländische Bewegung sich löst, dann ist jetzt die Stunde gekommen, in der General v. Seedt wissen muß, was er zu tun hat. (Stürmisches Sehr richtig!) Der Gipfel des Unglücks wäre es, wenn aus falsch verstandenen Legalitäts-erwägungen das Blutbad im nationalen Lager noch größer werden sollte. Die Diktatur, die jetzt kommen muß, muß auf Männern beruhen, die die Kraft und den Willen haben, einen radikalen Umschwung in Deutschland in jeder Hinsicht herbeizuführen. Aufgabe des Generals v. Seedt wäre es, die Klüfte zwischen Bayern und dem Reich zu schließen und die Zerlegung der nationalen Kräfte, auf die er sich stützen muß, zu verhindern. Er muß aber auch dem Reichskanzler erklären: „Stresemann, du bist am Ende. (Stürmisches Beifall.) Du bist der Kanzler, unter dem Deutschland die meisten Enttäuschungen erlebt hat.“ v. Seedt hat große Verdienste, aber sie könnten geschmälert werden, wenn er jetzt nicht von seiner Macht Gebrauch macht. Erfüllt er die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht, dann wird das Unglück in München riesengroß. Niemand kann ich in diesem Augenblick nicht sagen. Ich kenne die Vorbedingungen, die zu gewaltigen Explosionen in München und in ganz Bayern führen können. Seedt ist Soldat; kein Soldatenblut muß ihm näherstehen als die Stresemann'sche Herr v. Seedt, Ihre Stunde ist gekommen!“ (Stürmisches Beifall.) — Als Ziel der Revolution bezeichnete Geisler die Wiedereinführung der Dienstpflicht und die Vorbereitung des Krieges gegen Frankreich und Polen.

Der bekannte Direktor des Pommerischen Landbundes, v. Dewig, sitzt in daselbe Horn. Er erkenne den heutigen Staat nicht an. Für ihn sei die nationale Diktatur die Morgenluft, auf die der neue Tag erst folge.

Pommerische Separatisten!

Schwere Beschuldigung eines Landbundesdirektors.

Unter der Rubrik „Deutsches Reich“ druckt der „Völkische Beobachter“ in München mit einem nassen und einem trockenen Auge in seiner Nummer vom 5. d. M. eine Korrespondenz seiner Berliner Redaktion ab über beginnende „Auflösungen im Reich“, über den „aus der Verzweiflung heraus geborenen Prozeß des Zerfalls“.

Nicht ohne Vermunderung erfährt man, daß einzelne Teile Preußens sich dadurch dem Verderben, das dem Staate durch die marxistische Unfähigkeitswirtschaft Stresemanns droht, zu entziehen hoffen, daß sie sich dem Staate zu trennen und eigene kleine Staaten zu bilden suchen. Zu diesem Zwecke folgt eine recht pikante Enthüllung. Ein Teil des pommerischen Adels unter Führung des Direktors des Pommerischen Landbundes, v. Dewig, Steintin, gehe ernstlich mit dem Gedanken um, sich selbständig zu machen, und Dewig selber reise schon seit einiger Zeit im Lande herum, um das pommerische Landvolk für seine Pläne einzufangen. Wenn die letzte Hoffnung auf bayerische Hilfe schwinden sollte, dann werde die Gefahr einer Lösung Pommerns aus dem preussischen Staatsverbande sehr groß geworden sein. Mit scheinheiliger Miene wird Kahr beschworen, sich die Gefahr einer derartigen Zerspaltung des größten deutschen Staates, die die Unabhängigkeit aller anderen deutschen Staaten bedrohe, recht sorgfältig zu überlegen. Dieser Appell an Kahr ist besonders interessant, weil der Berliner Korrespondent aus gut unterrichteter Quelle wissen will, daß Kahr, „wenn auch den Plänen, so hoch der Person des Herrn v. Dewig nicht allzu fern steht“.

„Die letzte Hoffnung auf bayerische Hilfe“ dürfte nach dem Münchener Einlagepuls ja nun wohl einigermachen geschwunden sein. Wenn man sich aber erinnert, daß es gerade der Pommerische Landbund war, der Kahr in den letzten Tagen eine Sympathieerklärung zugesandt hat, und hält man daneben, daß Dewig es bisher nicht für notwendig gefunden hat, die ihm hier untergeschobene Absicht des Hochverrats zu dementieren, so fällt es schwer, einen Zweifel an der Wahrheit dieser Anschuldigungen zu hegen.

heuer wie Sand am Meer; gar so wenige von klarem Gesicht, merkt freudig, zukunftsgläubig!

Das klang bitter fürwahr.

„Das Elend macht nicht kampfkraftiger. Radikaler, revolutionärer gar, wie uns unsere Brüder von links uns weismachen wollen? O, wegen radikaler gründlicher bedeuten soll, woher dann all die Verworfenheit? Ueber den Schwierigkeiten der Aufgaben der Zeit droht die Arbeiterbewegung schier zu zerbrechen! Die Radikalität von heute ist nur politisch-erlosene Nervosität! Ihr wird es gehen wie Nervösen immer: der gesteigerten Erregung folgt der Rückschlag — die Entspannung, Fatalismus, Autoisole!“

Drum, Freund, ist es klüger, nicht so große Worte zu häufen, denn praktisch, unablässig, zielklar zu wirken!

Wir haben zu später Stunde uns lange und fest die Hand geschüttelt. Das war ein summes und doch so bereites Geißnis.

Die Restaurierung der Alhambra. Verschiedentlich sind bereits Nachrichten aus Spanien gekommen, daß das stolze Zauberwerk maurischer Blütezeit in Spanien, die Alhambra, schwer gefährdet ist und ohne umfassende Restaurationsarbeiten ein Sturz in u. u. h. Abgrund über den Zustand und die bisher vorgenommenen Arbeiten wird in einem Aufsatz der „Times“ mitgeteilt. Die Paläste der Alhambra verdanken einen Teil ihrer Schönheit der großartigen Höhe in der sie sich auf Felsen über der Stadt Granada erheben. Aber dieser Felsenrand, der durch Erdbeben und Stürme erschüttert ist, birgt gerade die größte Gefahr für die Erhaltung der Bauten, denn er ist an einzelnen Stellen unterhöhlt und muß wieder zu einem soliden Fundament gemacht werden.

Dem Besucher erscheint der größte Teil der Alhambra heute so herrlich wie je. Der sogenannte „Löwenhof“ und der „Kriegerhof“ strahlen in allem Glanz in der Sonne. Die „Halle der zwei Schwestern“ und der Orangeriehof mit seinem Wachturm ist ebenfalls vollkommen unversehrt. Hier ist der Boden noch völlig fest und hat auf die Ruinen keinen zerstörenden Einfluß ausüben können. An den äußeren Mauern, weiter oben an den Felsen, aber machen sich Risse bemerkbar, die tiefer und tiefer werden. Der Comares-Turm der in seinem Innern die Halle der Gefangenen enthält, ist seit langem besonders bedroht. Tiefe Sprünge laufen durch die köstlichen Arabesken, durch die gläsernen Ziegel und die Marmorarbeiten des Marmors. Es wäre ein Jammer, wenn dieser herrliche Saal der Verschönerung anheimfalle würde, die schon so viele Denkmäler der maurischen Kunst in Spanien ergriffen hat.

Die wichtigsten Herstellungsarbeiten sind bisher an der Gruppe von Türmen geleistet worden, die Torre de las Damas heißt. Gerüste umgeben die Türme, und es wird eifrig daran gearbeitet, die beschädigten Steine zu ersetzen. Bildet man aber von den lustigen Gärten des Generalis auf die Türme hernieder, so sieht man, wie schwierig es ist, diese Bauwerke durch Erhebung einzelner Stöße wieder aufzumauern. Das kleine Heiligtum namens Malaka das allein noch von den Sommerwohnungen der maurischen Herrscher erhalten ist, ist schon fast völlig zerfallen, und die „Gärten“ ringsherum sind nur noch ein Haufen von Ruinen.

Herr Oberreichsanwalt!

Wann werden Ehrhardt, Korbach und Kahr verhaftet?

Der aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis geflohenen Kapitän Ehrhardt wird vom Oberreichsanwalt Stadtrichterlich verfolgt. Demnach darf er öffentlich in München auftreten und jetzt verlautet sogar, daß Kahr ihm die Entlohnung seiner in der Coburger Gegend konzentrierten illegalen bewaffneten Banden zugesichert habe. Ebenso ist gegen Korbach vom höchsten Militärbefehlshaber Haftbefehl erlassen. Dennoch darf auch Korbach seit Wochen in München öffentlich auftreten und er hat sogar attio am Putsch im Bürgerbräu teilgenommen.

Allein wegen dieser zwei Taten — ganz abgesehen von den tausendfachen Rechts- und Verfassungsbrüchen, deren er sich seit dem 26. September schuldig gemacht hat — gehört Kahr wegen Begünstigung von Hochverrätern hinter Schloß und Riegel.

Was tut die Reichsregierung gegen Kahr? Ist sich der Reichsanwalt dessen bewußt, daß, indem er den Oberreichsanwalt nicht anweist, Kahr sofort zu verhaften, er sich selbst der Begünstigung von Hochverrätern schuldig macht? Da man nicht annehmen kann, daß der Oberreichsanwalt Obermayer mit sich selbst Schindluder treiben läßt, bleibt nur die Vermutung offen, daß ihm die Reichsregierung weitere Schritte in der Angelegenheit sogar untersagt hat.

Die Separatisten in der Pfalz.

München, 13. November. (W.T.B.) Nachdem sich die Separatisten mit Hilfe der Franzosen in den Besitz der Regierungsgebäude in Speyer gesetzt haben, werden die Regierungsgeschäfte der Pfalz von einem anderen Orte aus versehen.

Speyer, 13. November. (W.T.B.) Die Lage ist unverändert; wegen der ablehnenden Haltung der Bevölkerung wurde in den Nachmittagsstunden zur Verhütung von Zusammenkünften in den Nebenstraßen der Hauptstraße, die nach wie vor durch französische Posten abgesperrt ist, die Menge durch berittene französische Gendarmen auseinandergetrieben. Die Sonderbündler haben an die Beamten der Pfalz ein Ultimatum gerichtet, wonach jeder Beamte, der sich nicht schriftlich verpflichtet, unter ihnen weiterzuarbeiten, ausgewiesen wird. Regierungsrat Köppi ist vorgestern festgenommen und am Montag ausgewiesen.

Kaiserslautern, 13. November. (W.T.B.) Die Lage in Kaiserslautern ist unverändert ruhig. Seitens der Stadtverwaltung ist den Separatisten, die das Stadthaus besetzt halten, erklärt worden, daß sie die Arbeit nur wieder aufnehmen werde, wenn das Stadthaus geräumt würde. Darauf haben die Separatisten das Stadthaus geräumt und die Stadtverwaltung hat die Arbeit wieder aufgenommen.

Wilson klagt Poincaré an.

Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, von dem man seit seinem Nervenzusammenbruch im Jahre 1920 so gut wie gar nichts mehr gehört hatte, ist am 11. November, dem Jahrestag des Waffenstillstandes, plötzlich mit einer Rede wieder auf den Plan getreten, die jenseits des Ozeans großes Aufsehen erregt hat. Er schilderte darin in bewegten Worten die unheilvollen Folgen des Fernbleibens Amerikas von den europäischen Angelegenheiten und trat für ein erneutes Eingreifen in die Politik des alten Kontinents ein. Er sagte dabei u. a.:

Die Lage in Europa verschlechtert sich von Tag zu Tag, und als wollten sie den Ereignissen, die sich abspielen, die Krone aufsetzen, sind Frankreich und Belgien dahin gekommen, den Versailles Vertrag als Felsen Papier zu betrachten.

Da sich Belgien in der Separatistenfrage neuerdings korrekt verhalten hat, hat Wilson offenkundig mit diesem Ausspruch die Ruhrbesetzung charakterisieren wollen. So bestätigt einer der Hauptunterhändler von 1919 noch dem ändern — Mittl, Lloyd George, Smuts, Wilson — daß niemals in Versailles auch nur entfernt an die Möglichkeit einer militärischen Besetzung deutschen Gebietes gedacht wurde und daß der Einmarsch ins Ruhrgebiet eine Verletzung des Friedensvertrages darstellt.

Wie sind die norddeutschen Salzlagereisen entstanden? Der mächtige Ausschub der Kalibergwerke Deutschlands hatte zur Folge, daß man sich auch wissenschaftlich mit der Bildung der Salzlagereisen beschäftigte. Darüber war man sich im allgemeinen einig, daß das Salz als Nebenprodukt aus dem Meer entstanden ist. Jedoch machte es Schwierigkeiten, die Auffassung so totalitär Mineralmengen zu erklären. Nach der Waliserischen Theorie trocknete bei dem eintretenden Wäsestante ein rings abgeschlossenes Meer ein. Niederschlagsabflüsse und Quellen wuschen an den Rändern des Meeres das Salz aus dem Boden und führten es dem Meere zu. Dadurch fand eine Anhäufung des Minerals und seine Ablagerung an den tiefsten Stellen statt. Bodman sucht diese Hypothese an; er bezweifelte, daß die vorhandenen Salzmassen aus einem Meer entstanden sein könnten, da dieses dann eine Ausdehnung von 50 000 000 Quadratkilometer hätte haben müssen. Neben der Waliserischen hielt sich die von Doyenius begründete „Barrentheorie“. Diese nimmt an, daß das während der Austrocknungsperiode die norddeutsche Tiefebene bedeckende Meer von einer Barre abgetrennt und am Hildesheim gehindert wurde. Durch die Barre erhielt es aber eine zeitlang neuen Zutritt; auf diese Weise habe sich schließlich das Salz konzentriert. Auch diese Theorie ließ sich anfechten; denn von Hoff hatte festgestellt, daß Salz die in den Salzlagereisen vorhandenen Mineralien nur bei hohen Temperaturen löst. Geologische Gründe zwingen aber eine Temperatur von 10 Grad im Mittel, höchstens aber 20 bis 25 Grad anzunehmen. Unter Berücksichtigung dieser Erwägungen erhebt dann die Barrentheorie folgende Auslegung: bei der Temperatur von rund 20 Grad schied sich zuerst bis auf Tiefen von 700 Meter die Kalzifuge ab. Der durch die Wassermaße auf die Ablagerungen hervorgerufene Druck verdrängte eine Temperaturerhöhung bis auf 32 Grad, wodurch eine molekulare Umwandlung der Kalzifuge und eine Ausscheidung von Salzen entsprechend dieser Temperatur vor sich ging.

Vorträge. Bruno D. Bärgei hält am Freitag, 8 Uhr, in der Nachschule für Kunst, einen Vortragsabend über: „Weltanschauung und Weltuntergang“. — Einen Vortragsabend über: „Das Theater einst und jetzt“, vom alten Volkstheater im modernen Volkstheater hält Freitag, 7 1/2 Uhr, auf Einladung der Volkshochschule Dr. S. Kestriels in der Aula der Oberrealschule Beimbühler Str. 13.

In der Völkermonte (Oberstadt) finden Sonntag, vormittags 11 1/2 Uhr, Abendsvorträge unter Leitung von Prof. Kasper. Kahr hält. — Vgl. Kasper, Völkermonte, Beimbühler Str. 13.

Im Deutschen Opernhaus ist die für das Abonnement notwendige Anzahl von Plätzen an den Tagen Montag bis Freitag vielfach überschritten und wird ein Sonder-Abonnement auch für die Sonntage aufgestellt.

Die Gesellschaft für Reformen veranstaltet am 15. abends 8 Uhr, in der Schulanstalt Altdorfstr. 129 (Bst. Friedrich-Drantschburger Tor) einen Vortrag von Dr. med. Herzberg über: „Eichmanns erste Traumbewegungen — Gedächtnisbilder“. — Vortrag über: „Eichmanns erste Traumbewegungen — Gedächtnisbilder“. — Vortrag über: „Eichmanns erste Traumbewegungen — Gedächtnisbilder“. — Vortrag über: „Eichmanns erste Traumbewegungen — Gedächtnisbilder“. — Vortrag über: „Eichmanns erste Traumbewegungen — Gedächtnisbilder“.

Gewerkschaftsbewegung

Achtstundentag und Produktionssteuerung.

Die Bestrebungen zur Aushöhlung des Achtstundentages beschränken sich nicht auf dieses und jenes Land, sondern sind längst ein internationales Merkmal der wirtschaftlichen und sozialen Reaktion. Allerdings vermeidet man, diese Absicht offen auszusprechen. Die Industriellen behaupten im Gegenteil, daß sie an dem Prinzip des Achtstundentages nicht rütteln wollen, sondern daß sie nur dessen „starre Anwendung“ unvereinbar finden mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Sie meinen, daß die heutige Arbeitszeitregelung einer „statischen“ Regelung Platz machen müsse, verstehen aber unter dieser Ansicht im Grunde genommen nichts weniger als die mehr oder weniger verklausulierte Aufhebung des Achtstundentages.

Der hauptsächlichste Einwand gegen den Achtstundentag besteht in dem Hinweis auf seine produktionsmindernde Wirkung. Gerade dieser Hinweis hält aber einer näheren Prüfung nicht stand. Einmal ist durch die Einführung des Achtstundentages die Produktionsminderung in keinem Lande in dem gefürchteten Umfange eingetreten. Es hat sich vielmehr überall die Voraussetzung der Befürworter des Achtstundentages bewährt, daß die ausfallende Arbeitszeit durch höhere Leistungen wettgemacht werden würde. Dies tritt namentlich für jene Arbeitsgebiete zu, wo die individuelle und persönliche Anspannung ausschlaggebend ist. Hier ist in vielen Fällen sogar noch eine höhere Arbeitsleistung gegenüber früher festgestellt worden. Das ist auch gar nicht überraschend, denn schon 1912 konnte der deutsche Industrielle Dr. Bösch, der in seinen großen Betrieben die achtstündige Arbeitszeit seit 1904 eingeführt hatte, auf Grund der gemachten Erfahrungen erklären: „Ich schreibe daraus für meinen Beruf, daß die Arbeitszeit von acht Stunden für die Erzeugung feintechnischer Arbeiten — und ich glaube auch in ähnlichen Berufen — eine zweckmäßige Einrichtung ist.“ Die gleiche Erfahrung ist nun auch von dem Verband der englischen Stahlindustriellen bestätigt worden. Auch dieser Verband hat erklärt, daß die Einführung des Achtstundentages in der englischen Stahlindustrie

keinerlei Produktionsminderung

zur Folge gehabt hat.

Aber — und dies will uns als das Entscheidende erscheinen — der Hinweis auf die Notwendigkeit der Produktionssteuerung trifft überhaupt nicht den Sinn der heutigen wirtschaftlichen Krise. Es fehlt in keinem Lande an notwendigen Erzeugnissen. Die Krise, die wir durchlaufen, ist gar keine Krise der Produktion, sondern eine Krise des Absatzes. Die Kaufkraft der breiten Massen ist in allen Ländern ungenügend geworden, und diese Schwächung ist besonders ausgeprägt in den Ländern mit entwerteter Währung. In diesen Ländern hat die Wertminderung eine steigende Entwertung von Löhnen und Gehältern zur Folge gehabt. Große Teile des Mittelstandes, die ihre Vermögen in festverzinslichen Anleihen festgelegt hatten, sind fast vollkommen entwertet worden.

Ein objektiver Sucher nach den wirklichen Ursachen der Produktionsminderung wird daher nach ganz anderer Richtung als der des Achtstundentages gefaßt werden. Er braucht zu diesem Zwecke nur einen Blick auf die Staatsfinanzen der einzelnen Länder werfen. Dabei wird ihm sofort eine bedeutende Erscheinung in die Augen springen: die Staatsschulden sind überall ins Riesenhafte angewachsen. Teils durch Steuern, teils durch die vermehrten Ausgaben dieser Staaten nichts anderes als die Verwirklichung der zur Kriegsführung beim Notstande aufgenommenen Anleihen, die nun alljährlich mit vielen Millionen vergrößert und schließlich auch einmal abgetragen werden müssen. Zu dieser Last treten aber auch noch andere, nicht minder drückende: Zerfallene Haushalte sind wieder anzuerkennen, verminderte Produktionsmittel sind zu erneuern, die reduzierten Handelsstellen zu ergänzen und die sonstigen beschädigten Verkehren wieder in Gang zu setzen. Und außerdem: Millionen laufen als gebrochene Opfer des Krieges, unfähig zur Arbeit, herum. Millionen Familien sind um ihre Ernährer verarmt. Für alle diese muß der Staat sorgen, für alle diese muß die Arbeit die Mittel aufbringen. Und doch verschwinden die aus der letzten Verpflichtung erwachsenen Kosten gegenüber jenen, welche der Zinsendienst für die aufgehäuften Staatsschulden mit sich bringt. Und all diese, schließlich aus dem veranlassenen Kriege erwachsenen Ausgaben erhöhen sich nun noch um die Kosten eines neuen Krieges. Alle Länder sind ohne Ausnahme in fieberhaftem Wettrennen begriffen. Die Aufwendungen hierfür schwanken zwischen zehn und dreißig Prozent der jährlichen Gesamtausgaben.

Eine andere verteuerns Wirkung haben die immer höher gezogenen Zölle und die im Kriege großzügigen Kartelle und Trusts. Dieses derart organisierte Großkapital macht riesige unproduktive Ausgaben, um Einfluß auf die Politik des Landes zu gewinnen, um sein wirtschaftliches Reichertum zu erweitern, die natürlich alle auf die Produktionskosten zugeschlagen werden.

Durch diese Hinweise ist

die finanzielle Belastung der Produktion

für die meisten Länder nur angebeutet. Manches trifft allerdings nicht zu für Länder mit entwerteter Währung und namentlich nicht für Deutschland, das durch die Wertminderung auch seiner Kriegsschulden so gut wie entledigt ist und dem neue Rüstungsausgaben durch die Versäufelung verboten sind. Aber dieser Ausfall von Kosten wird mehr als ausgeglichen einmal durch die Reparationsforderungen der Siegerstaaten und zweitens durch das laminierende Umschmelzen des unproduktiven Arbeitsheeres, das eine Begleiterscheinung der Wertminderung ist. Weiter fällt für Deutschland ins Gewicht, daß die wirtschaftliche Unsicherheit der Kriegszeit, besonders aber der Nachkriegszeit, die weitaus größten Teile des Unternehmertums von Einführungen technischer Verbesserungen abgehalten hat, wozu ja auch die Billigkeit der deutschen Arbeitskraft gar keinen Anreiz gegeben hat.

Der Kampf der Unternehmer gegen den Achtstundentag läuft daher nur darauf hinaus, die verteuerns Wirkungen der oben skizzierten Ursachen auf die Produktion durch längeres Einspannen der Arbeiter in den Produktionsprozess auszugleichen. Daß Arbeitszeiterlängerung nicht überall zugleich Vermehrung der Arbeitsleistungen bedeutet, entzieht ihnen dabei wohl selbst nicht. Aber im Produktionsprozess gibt es auch viele Arbeiter, wo die Maschinen ja schon allein laufen und persönliche Fertigkeit und Geschicklichkeit weniger von Einfluß auf die Produktion sind als die Stundenzahl, in welcher diese Maschinen in Gang sind. Auf diesen massenhaften Arbeitszeitergänzen kommt es dem Unternehmer vornehmlich an und daß sich hieraus produktionsfördernde Vorteile ergeben, ist auch gar nicht zu bestreiten. Aber diese Vorteile werden nur erwirkt auf Kosten der Arbeiterschaft. Diese muß daher alle Bemühungen des Unternehmertums um die Beseitigung des Achtstundentages abwehren und darauf bestehen, daß dort eingegriffen wird, wo die wirklichen Ursachen der Produktionssteuerung liegen.

Unveränderte Lage im Buchdruckerberuf.

Im Kampf der graphischen Arbeiterschaft ist heute keine Veränderung eingetreten. Ob im Falle neuer Verhandlungen mit einer baldigen Wiederaufnahme der Arbeit zu rechnen ist, müssen erst die nächsten Stunden lehren. Bis jetzt geht der Kampf unverändert weiter. Es ist weiter wie bisher allen Beisungen der Organisationsfolge zu leisten. Alle notwendigen Maßnahmen werden durch die Presse bekanntgegeben.

In der Buchdruckerei H. S. Hermann u. Co. sind die technischen Angestellten heute wegen Verweigerung von Streikarbeit fristlos entlassen worden.

Lohnverhandlungen im Berliner Baugewerbe.

Gestern haben die beiderseitigen Verhandlungskommissionen im Berliner Hoch-, Beton- und Tiefbauwesen erneut über die Einführung von Goldlöhnen beraten. Die Verhandlungen haben noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt. Die Arbeitnehmervertreter haben übereinstimmend erklärt, daß sie auf der Basis der Papiermarktlöhne das sechste Mal verhandeln haben. Der Übergang von der Papiermark- zur Goldrechnung wird nurmehr in der kommenden Woche erfolgen. Am Donnerstag wird ein Versuch festgelegt, der an dieser Stelle noch bekanntgegeben wird und am Dienstag nächster Woche zur Auszahlung kommt. Die Verhandlungen finden am Montag statt. Falls eine Einigung nicht erzielt werden kann, wird am gleichen Tage das Bezirkslohnamt entscheiden.

Für die Woche vom 7. bis 13. November beträgt der Stundenlohn für Maurer, Zementarbeiter, Eisenarbeiter, Stein- und Kalkträger 130 Milliarden, Hilfsarbeiter erhalten 123,5 Milliarden, Tiefbauarbeiter über 19 Jahre 123,440 Milliarden. Die Werkzeugen- und Materialkosten betragen 975 Millionen Mark pro Stunde. Die Löhne der übrigen Berufsgruppen bewegen sich in der bisherigen Spanne.

Gewerkschaftskommission und No-Deletarstell. Donnerstag abend 8 Uhr im Saal 8 des Reichlichen Abgeordnetenhauses. Preis: 100 Mark. Gemeinnützige Aktion: 100 Mark. Tagesordnung: Die Neuordnung der Währung und die Lohnregelung. Referent: Gen. F. T. u. s.

Wirtschaft

Goldanleihe und Rentenmark.

Ueber die beim Übergang zur Rentenmark zu erwartenden Veränderungen im Geldwesen meldet W.B.:

Mit dem Erscheinen der Rentenmark, das für den 15. November 1923 vorgesehen ist, wird die Goldanleihe allmählich ihre Bedeutung als Zahlungsmittel verlieren und ihrem eigentlichen Zweck, eine Kapitalanlage zu bieten, wieder zugeführt werden. Die Goldanleihe war von vornherein nur als interimistisches Zahlungsmittel gedacht. Dementsprechend ist auch nur ein begrenzter Betrag kleiner und feinsten Stücke ausgegeben worden. Von diesen wird ein Teil dadurch aus dem Verkehr verschwinden, daß ihre Besitzer von dem ihnen für den Monat Januar eingeräumten Umlaufrecht in Rentenmark Gebrauch machen. Soweit dies nicht geschieht, werden die kleinen Stücke als hochverzinsliches Spargeld im Publikum bleiben.

Neben den zum interimistischen Zahlungsmittel gewordenen kleinen und feinsten Stücken der Goldanleihe ist von verschiedenen Stellen wertbeständiges Rotgeld ausgegeben worden, dessen Unterlage Goldanleihestücke bilden. Der Reichsminister der Finanzen hat bestimmt, daß dieses Rotgeld durch Goldanleihe gedeckt sein muß, denn nur durch die Bindung entsprechender Bestände Goldanleihe wird die Inflation in Goldanleihe verhindert und gleichzeitig die Papiermarkinflation verlangsamt.

Da bei vielen Empfängern der kleinen und feinsten Goldanleihestücke die Neigung bestand, die Goldanleihe zu kaufen, trat ein Mangel an den kleinen Stücken ein. Keinesfalls dürfte zur Behebung dieses Mangels der Betrag der Goldanleihe über die gesetzlich vorgesehene 500 Millionen Mark hinaus erhöht werden. Auf der anderen Seite aber mußte etwas geschehen, um die Zeit bis zum Erscheinen der Rentenmark durch ein anderes wertbeständiges Zahlungsmittel zu überbrücken. Aus diesem Grunde wurde in der vergangenen Woche beschloffen, 4prozentige Goldschahamweisungen auszugeben, die ausschließlich dem Zwecke dienen, die Unterlage für Rotgeld zu bilden. Als Zahlungsmittel kommen diese Goldschahamweisungen nicht in Betracht, denn es handelt sich um mit Zinsen versehenen Stücke, die nur in großen Beträgen ausgegeben werden. Auch die weiter noch auszugebenden Goldschahamweisungen, die zum Umlauf der Papiermark und zur Abgeltung der Devisenabgabe bestimmt sind, werden so groß gestückt sein, daß sie ihrem Charakter, als Kapitalanlage, nicht als Zahlungsmittel, zu dienen voll entsprechen.

Von einer Goldanleiheinführung kann nach alledem keine Rede sein. Es werden vielmehr die langfristigen Kredite durch Goldanleihe oder Reichsschahamweisungen finanziert. Diese Finanzierung geschieht zunächst durch Schahamweisungen, die eine Laufzeit von nur einigen Jahren haben. Es wird für die Finanzverwaltung darauf ankommen, die Schahamweisungen später durch das Angebot langfristiger Anleihen zu konsolidieren.

Goldhöhe für Verbrauchssteuer. Eine von der Reichsregierung bereits am 27. Oktober auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung über Verbrauchssteuer bringt eine Erhöhung der Steuern für Zucker, Salz und Zündwaren sowie die Festsetzung der Spielartensteuer in Gold. Die Verordnung soll am 16. d. M. in Kraft treten. Nach dieser Verordnung wird die Zuckerversteuerung 35 v. H. des Herstellungspreises für Verbrauchszucker ab Maßgebung betragen und vom Reichsminister der Finanzen in Gold festzusetzen sein. Bei dem gegenwärtigen Preise von 42 Goldmark für den Doppelzentner wäre sie also auf 14,70 M. in Gold festzusetzen. Die Salzsteuer wird nach Inkrafttreten der Verordnung 45 v. H. des Großhandelspreises für gewöhnliches Speisesalz betragen und ebenfalls in Gold zahlbar sein. Sie wird bei einem Goldpreise von 164 M. für den Doppelzentner auf etwa 0,74 Goldmark festzusetzen sein. Die Zündwarensteuer wird künftig 60 v. H. des Steuerwertes betragen. Bei dem gegenwärtigen Preise von 165 Goldmark für eine Normalbox ergibt sich danach eine Steuer von rund 1 Goldpfennig für die Schachtel. Die Spielartensteuer ist in der Verordnung auf 30 Goldpfennige für das Spiel festgelegt worden und entspricht somit dem Vorkriegssteuerfuß.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

31. Okt. Heute abend 7 1/2 Uhr „Zahlabend“ bei Rosa, Sadener Str. 19 und Hohenstr. 17.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Schmitt; Gewerkschaftsbewegung: J. Scherer; Kultur: Dr. John Schmitt; Soziales und Sonstiges: Felix Schmitt; Anzeigen: H. Schmitt; Redaktion: Berlin, Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Germania-Verlag und Verlagsanstalt Wolf Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 8.

Billige Goldmarkpreise

umgerechnet zum Tageskurs, erfolgen. Bei Zahlung in Goldanleihe, Rentenmark oder Berliner Stadtgeld 5% Rabatt.

Goldmarkpreise.



Original-Goodyear-Well, sehr gutes Fabrikat, Moders Nr. Fortal, Friedenspreis 12 1/2

Berühmte Weltmarke Leander sowie andere ersklass. Fabrikate Original-Goodyear-Well in den neuesten Formen bei uns billig! Halbschuhe u. Stiefel, Lack braun u. schwarz

Nerren-Stiefel:

Sport- u. Wandersstiefel, erstklassiges, braunes Fahlleder **7 1/2**

Berastich, in geschloss. Wasserdichte, besonders gutes Knieleder mit Doppelsohle **10**

Echt Rindbox und Halbschuhe (Friedenspreis 8-11 M.) **6 7/8**

Rinderstiefel, 20-22 L. 90, 23-24 L. 70, 25-26 L. 90, 18-20 **1**

Kamelhaarstiefel in großer Auswahl **1 90**, 2, 50, 3,-

Affenhaarschuhe, die große Mode, Ingrau, schwarz u. braun **4 1/2**

Halbschuhe

Echt Boxkalf, mod. Form, **6** (Friedenspreis 7-8 M.)

Chromleder und Robchester, mod. Form, **3 1/2**, 5,- M.

Chromleder, mod. Form, **3**, 35-37.

An Wiederverkäufer kein Verkauf!



Die neuesten Modeschöpfungen mit 1, 2 oder 3 Spangen sowie Pumps u. Sandalet in schwarz, braun, Lack, Brokat u. Sämschleder ingr. Auswahl! sehr elegant, doch billig u. gutes Material!

Eleg. Pumps mit Louis XV. Absatz **5 7/8** (Friedenspreis 7 Mark)

Münzstrasse 25
Untergrundbahn Alexanderplatz
Zweiggeschäft:
Frankfurter Allee 54

Geschlechtskrankheiten

Behandlung von Syphilis, Herpes, Gonorrhoe, Blasenentzündung, Harnröhrenentzündung, Prostataentzündung, etc.

Phorosan, das neue bewährte Mittel, das alle diese Krankheiten heilt, ohne Schmerzen und Qualen.

Phorosan-Collant, das neue bewährte Mittel, das alle diese Krankheiten heilt, ohne Schmerzen und Qualen.

W. Nelke, Berlin-Wilmersdorf, Köpenicker Str. 10-12, Tel. 9-12

Altmetalle
Harigummi
Frauenhaare
Zelluloid
und
Filmabfälle

W. Nelke
Berlin-Wilmersdorf, Köpenicker Str. 10-12, Tel. 9-12

Wohnungsaussch in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärtigen am schnellsten durch eine Anzeige im

Groß-Berliner Wohnungsanzeiger als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen. Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.

Verband mit d. „Groß-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der **Ausgeber für Grundstücks- und Geschäftsvorkäufe** bei allen Zellulosehändlern und Kleinen zu haben. Verlag und Hauptausgaben: **Zeitungszentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft**, Jerusalemstr. 56 = Fernsprecher: Dönhof 8516-3812

Marken-Zigaretten

Tabak u. Zigarren Garbary, Halpaus, Constantia, Kermity, Aramiko, Maratti, gibt ab und Tagespreis.

Arno Geßner, Tabakwaren-Großhandel, Werlstr. 21. Teleph.: Moabit 2114.

Kernleiten, Kerzen, Schmierstoffe, Scheuerlappen und Cellulosefäden. Vertriebsstelle nur an Speditionen. Unter Geschäft Nr. 1. Situate zum Wirksamwerden entfernt. Geben Sie alle auch die Einzelbestellungen auf und lassen Sie sich unsere Preise zeigen, es lohnt sich. **Rohls & Co., Seifensabrikanten, Bld. 101a, Gellertstr. 32, AmtRah 50**

Arbeitsnachweisgesetz

mit Nebenbestimmungen erläutert von **Dr. jur. et phil. BERGER** und **W. DONAU** Oberregierungsrat und Regierungsrat im Reichsamt für Arbeitsvermittlung

Ein unentbehrliches Hilfsmittel für Betriebs- und Arbeitgeber zur praktischen Einführung u. Anwendung des seit 1. Okt. 4. Ltn. Kraft getretenen Gesetzes. Preis: **Grundzahl M. 3,35.**

BUCHHANDLUNG VORWÄRTS, BERLIN SW, LINDENSTR. 2